



Syndikat der Steuerbeamten feiert 100-jähriges Bestehen

Hilfeschrei nach mehr Personal

BERICHT

Seite 15

In Anwesenheit von Budgetminister Luc Frieden und dem Minister der öffentlichen Funktion, Claude Wiseler, feierte das Syndikat der Steuerbeamten in der CGFP gestern sein hundertjähriges Bestehen (Foto: Pierre Matgé)

LEITARTIKEL

blogs.tageblatt.lu



Viel, aber nicht genug

Alvin Sold
asold@tageblatt.lu

Zwei, drei Jahre lang, als schon feststand, dass es die 2005 von Experten herbeigeredete Krise überhaupt nicht gab, wurden die überfälligen Steueranpassungen an die Inflation abgelehnt und die Rückkehr zum bewährten Index-System verwehrt. Beide Maßnahmen hätten die Kaufkraft erhalten, die jetzt dem Handel, dem Handwerk und der Industrie fehlt.

Erst 2009, zu spät, wie an dieser Stelle oft gesagt, verzichtet der Staat auf rund 342 Millionen Lohnsteuer. Die Unternehmen werden um 176 Mio. entlastet. Dazu kommen noch, zu Gunsten des Sparens oder des Konsums, die vielen Millionen, welche die Unternehmen an die Mindestlohnempfänger (+2%) und die Pensionskassen an die Rentner (+2%) zu zahlen haben, ab 1. Januar 2009.

Diese an sich begrüßenswerten Maßnahmen sind keineswegs Ausdruck einer voluntaristischen Antikrisenpolitik. Sie waren von den für Finanzen zuständigen CSV-Ministern bereits gewährt, mit Blick auf die Wahlen 2009

natürlich, als nur Insider im Bankengeschäft vom Subprime-Desaster wussten.

Klartext:

In Luxemburg begann der Kaufkraftschwund 2006, als der Index aufgrund einer nicht nachvollziehbaren Panik im Regierungsviertel manipuliert wurde.

Die teilweise Wiedergutmachung, die 2009 via Steuertabellen geschieht, braucht nicht als generöse Geste beklatscht zu werden, denn die 2006 und 2007 (und bis September 2008) boomende Wirtschaft spülte geradezu fantastische Mehreinnahmen in den öffentlichen Tresor. Sie kann auch nicht als Ausdruck einer Antikrisenstrategie gelten, da alles längst vor dem Bankendesaster beschlossen war.

Genau betrachtet ist die sogenannte Krisenpolitik, aus der einzelne Spitzenpolitiker bereits Kapital zu schlagen wissen, eine Luftblase. Gewiss, es wurden einige Banken mit viel Cash und noch mehr Garantien versorgt, was nicht vorgesehen war, aber am Haushaltsplan selbst wird kein Jota geändert. Er entspricht immer noch der Vorkrisen- bzw. Vorwahlzeit!

Das Festhalten an einem Zahlenwerk, das aus der Sicht der OECD, des Staatsrats, der Zentralbank und anderer Berater insbesondere wegen der BIP-Wachstumsprognose (+3%) falsch ist, wird im Rampenlicht der Propagandisten als eine Leistung dargestellt.

Seien wir doch à la hauteur, in ernster Stunde!

Jeder weiß, dass die Budgethypothesen, so oder so, in entscheidenden Konten jahraus, jahrein zweistellig dane-

benliegen, meist zugunsten des Herrn Juncker, der die Einnahmen systematisch unterschätzt, wie seinerzeit schon Herr Werner.

Halten wir uns doch nicht über Gebühr mit diesem Papierkram auf, der, in zwei Jahren, wenn definitiv abgerechnet ist, wie immer die ganze Schwäche des Verfahrens offenbaren wird, welches volatile Wirtschaftsdaten, positive wie negative, nicht verbindlich vorgeben kann!

So fügt es denn der gefällige Zufall, dass das Wahlbudget 2009 sich auch als klug durchdachtes antizyklisches Krisenbudget verkaufen lässt. Aus geschuldeten Steuerkorrekturen und und und wird eine weise vorausgedachte Politik! Gut vermarktet, tricky CSV!

Index im Januar

Ein Indiz für den Willen zu einer echten, die Mehrheit der Bevölkerung bedienenden Politik wäre die Rückkehr, ab 1. Januar 2009, zum normalen Index-System gewesen, gekoppelt an eine Auszahlung in diesem Monat.

Die so wiederhergestellte Kaufkraft würde schnell die Belastung der Betriebe ausgleichen. Arbeitnehmer können ja nur das Geld ausgeben, das sie haben!

Warum darf es nicht sein? Weil EU-Europa keine Indexierung mehr will?

Zum Teufel mit Europa dann!

Wir müssen doch in Europa Luxemburger bleiben dürfen.